

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Soziales der Gemeinde Wadersloh
im Ratssaal des Rathauses Wadersloh am 29.08.2018

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:35 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Vorsitzender:
RM Smyczek, Olaf

Mitglieder:

RM Braun, Stefan	Vertr. f. SB Arndt, Matthias
RM Drews, Martina	
RM Eilhard-Adams, Maria	Vertr. f. RM Meerbecker, Lucia ab 19:25 Uhr, P. 7
RM Gregor, Jens	
RM Grothues, Klaus	
RM Luster-Haggeney, Rudolf	Vertr. f. SB Nienkemper, Markus
RM Meerbecker, Lucia	bis 19:25 Uhr, P. 6
RM Teckentrup, Heino	
RM Töcker, Frank	
SB Blessau, Gerhard	
SB Jungilligens, Heidi	
SB Kohlstedde, Lothar	
SB Schlieper, Konstantin	

b) von der Verwaltung:

BM Thegelkamp, Christian
Herr Morfeld, Norbert
Herr Ahlke, Elmar
Herr Schmidt, Marc
Frau Sparacia, Laila
Frau Stuckenschnieder, Rieke
Frau König, Angelika

c) Gäste:

Herr Bevilacqua, Kreis Warendorf	zu P. 4
Herr Bögge, Kreis Warendorf	zu P. 4 u. P. 6
Frau Middendorf u. Frau Baldus, Kreis Warendorf	zu P. 5
Herr Hengstermann	zu P. 7

Tagesordnung:

öffentlich

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift der letzten Sitzung
4. Sachstandsbericht der aufsuchenden Jugendarbeit
5. Projekt - "Besser jetzt - gut beraten ins Alter"
- Antrag der SPD-Fraktion
6. Konzeptionierung Jugendtreff
7. Sozialraumanalyse - Entwicklung des Realschulcampus
- weiteres Vorgehen
8. Antrag der SPD-Beweg-was-Fraktion "Dirtpark
in der Gemeinde Wadersloh"
9. Spielplätze
10. Spielplatzbegehung
11. Antrag Förderverein Gaßbachtal Stromberg e. V.
12. Flüchtlingsangelegenheiten
13. Seniorenausflüge 2018
14. Verschiedenes
- 14.1. Reisemobilstellplätze
- 14.2. Fahrbahnerneuerung B58 zwischen Diestedde und Wadersloh

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Soziales war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Vorsitzende begrüßte die vorstehend Genannten, die Jugendlichen der Projektgruppe „Beweg was!“, die interessierten Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

3 Niederschrift der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Sachstandsbericht der aufsuchenden Jugendarbeit

In der Sitzung berichtete der Mitarbeiter der aufsuchenden Jugendarbeit, Herr Bevilacqua, anhand einer Power-Point-Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, über den Sachstand der Tätigkeiten.

Offene Jugendarbeit sei ein Anliegen der CDU-Fraktion, so RM Luster-Haggeney. Er dankte für die Vorstellung der Arbeit und hob positiv die hohe Anzahl der Einsätze des Sozialarbeiterteams in Wadersloh hervor.

Es sei gut, dass aufsuchende Jugendarbeit in dieser Form durchgeführt werde, so RM Teckentrup. Er erkundigte sich nach den Treffpunkten der Jugendlichen. Herr Bevilacqua erläuterte, dass in den Sommermonaten die Skaterbahn in Wadersloh gut frequentiert worden sei. Insbesondere am Nachmittag versammelten sich dort Jugendliche ab ca. 12 Jahre aufwärts. In Liesborn seien viele Jugendliche in der Nähe des Sportgeländes zu erreichen.

Wo und wie viele Jugendliche in Diestedde anzutreffen seien, wollte SB Jungilligens wissen. In Diestedde begegnen dem Sozialarbeiterteam selten Jugendliche, so Herr Bevilacqua. Früher sei an der Grillhütte ein Treffpunkt gewesen. Bei den letzten Einsätzen habe man in Diestedde jedoch keine Jugendlichen angetroffen.

Auf Nachfrage von RM Drews führte Herr Bevilacqua aus, dass unter den Jugendlichen auch Flüchtlinge seien.

RM Braun erkundigte sich, welche Schulen die Jugendlichen besuchen. Die meisten Jugendlichen seien Schüler der Sekundarschule oder des Gymnasiums Johanneum, so Herr Bevilacqua. Einige Jugendliche unter ihnen besuchen auch die Schulen der Nachbarkommunen.

Herr Bögge berichtete, dass ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der aufsuchenden Jugendarbeit die Prävention sei. Mit Aktionen in den Schulen seien 108 Sekundarschüler und 87 Schüler des Gymnasiums Johanneum zum Thema „Alkohol“ erreicht worden und 112 Sekundarschüler (9. Klasse) zum Thema „Drogen“.

Die aufsuchende Jugendarbeit werde in der Gemeinde nun schon seit dem Jahr 2010 durchgeführt, so BM Thegelkamp. Sie gelte insbesondere den Jugendlichen, die sich nicht im Sportverein oder in anderen Vereinen wiederfinden würden. Es sei mutig, einen solchen Prozess mit politischer Legitimation durchzuführen. Der Kreis Warendorf habe dieses Anliegen der Gemeinde – insbesondere personell – stets begleitet. Es sei wichtig, auf die Straße zu gehen und sich mit den Jugendlichen zu beschäftigen. So eröffne sich ihnen die Möglichkeit, über ihre Sorgen und Anliegen zu sprechen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Die Power-Point-Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage1 beigefügt.

5 Projekt - "Besser jetzt - gut beraten ins Alter" - Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion beantragt, das im Jahr 2017 in Everswinkel durchgeführte Pilotprojekt „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“ im Jahr 2018 auch in Wadersloh durchzuführen.

Vor dem Hintergrund der prognostizierten Entwicklung der Pflegebedürftigkeit hat eine frühzeitige und vorbeugende Beratung von älteren Menschen oberste Priorität. Es ist belegt, dass sich dadurch bei vielen älteren Patienten die Pflegebedürftigkeit vermeiden oder hinausschieben lässt.

Der frühzeitige Zugang zu älteren Menschen im Kreis Warendorf ist ein wesentlicher Aspekt bei der Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“. Im Vordergrund frühzeitiger Beratungen steht dabei, Wege aufzuzeigen, die ein langes Leben im eigenen Zuhause ermöglichen.

Sich frühzeitig mit Thematiken auseinanderzusetzen, die im Alter auf ältere Menschen zukommen können, setzt den Grundstein dafür, dass diese sich bei einem ankündigenden Hilfebedarf schneller an Beratungsangebote wenden.

Es ist bisher nicht bekannt, wieviel Angehörige derzeit ein Familienmitglied pflegen. Durch das Projekt kann der Zugang zu diesem Personenkreis erleichtert werden.

Ausgehend von Erfahrungen, die andere Kommunen im Zusammenhang mit präventiven Hausbesuchen gemacht haben, hat die Kreisverwaltung in enger Kooperation mit der Gemeinde Everswinkel im Rahmen des Pilotprojektes „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“ eine aufsuchende Seniorenberatung in Everswinkel durchgeführt.

Der Kreis Warendorf möchte bei diesem Projekt dem Wunsch der Menschen entsprechen, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause führen zu können. Neben dem weiteren Ausbau der Infrastruktur für den ambulanten bzw. teilstationären Bereich sowie alternativen Wohnformen und barrierefreien Wohnraums ist dabei eine frühzeitige Beratung von besonderer Bedeutung. So kann es möglicherweise gelingen, Hilfen zu verhindern oder hinaus zu schieben.

Bei dem Projekt bekommen Seniorinnen und Senioren, die über 75 Jahre alt sind, ein Angebot für ein persönliches Beratungsgespräch in der eigenen Häuslichkeit. Im Rahmen eines persönlichen Gesprächs sollte beispielsweise über Möglichkeiten einer frühzeitigen Inanspruchnahme von Hilfen, Verbesserung der Wohnsituation oder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben informiert werden.

Eine Beratung erfolgt insbesondere zu den Themen Patientenverfügung, Bewegung, Einschränkungen in der Bewegungsfähigkeit, Sturzprävention, Unterstützungsdienstleistungen, Hilfsmittel im Bereich der gesundheitlichen Beratung, MDK-Begutachtung (medizinischer Dienst der Krankenkassen), Leistungen der Pflegekasse, gesundheitliche Situation und Prävention, Mobilität und Sicherheit und Teilhabe, Freizeit und Wohnen.

In der Sitzung berichteten Frau Middendorf, Leiterin des Sozialamtes des Kreises Warendorf, und Frau Baldus anhand einer Power-Point-Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, zu dem Projekt.

RM Grothues dankte für die ausführliche Information und teilte mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstützen werde. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung dieses Thema bereits mit dem Seniorennetzwerk kommuniziert habe. Am 31.08.2018 finde das nächste Treffen des Seniorennetzwerkes statt, so BM Thegelkamp. Bei dieser Zusammenkunft werde Frau Baldus das Projekt vorstellen. Er gehe davon aus, dass dieses die Zustimmung des Seniorennetzwerkes finden werde.

Anmerkung der Verwaltung bei Abfassung der Niederschrift:

Das Seniorennetzwerk spricht sich nach seiner Sitzung einstimmig für das Projekt aus.

Sollte das Projekt zum Tragen kommen, so RM Grothues, rege er an, die gut ausgearbeitete Informationsbroschüre der Gemeinde Wadersloh bei den Besuchen der Senioren mitzunehmen. Dies sei selbstverständlich, so Frau Middendorf. Darüber hinaus werde mit der Verwaltung besprochen, welche Themen bei den Besuchen von Interesse sein könnten. Auf diese Weise könne die Gemeinde ihre Anliegen mit auf den Weg geben. Frau Middendorf machte deutlich, dass niemandem etwas aufgezwungen werden solle. Der Kreis werde sich auf die Wünsche und Gegebenheiten der Gemeinde einstellen, denn schließlich sei dies ein gemeinsames Projekt von Kreis und Kommune.

Des Weiteren erkundigte sich RM Grothues, ob sich aus den Gesprächen mit den Senioren in Everswinkel etwas entwickelt habe. Dies bejahte Frau Baldus und erläuterte am Beispiel der Wohnberatung, dass sie frühzeitig das Thema Barrierefreiheit anspreche. Bei rüstigen Senioren habe dies zu den Überlegungen geführt, ihr Bad entsprechend umzubauen.

RM Teckentrup hob positiv hervor, dass durch die persönlichen Gespräche im privaten Umfeld der Senioren Hemmschwellen abgebaut werden. Er erkundigte sich, ob es sinnvoll sei, alle Personen bereits ab dem 70. Lebensjahr anzuschreiben. Dies erhöhe die Möglichkeit, langfristige Maßnahmen noch regeln zu können. Frau Middendorf erläuterte, dass der Alterseinstieg beim Kreis rege diskutiert worden sei. Aufgrund der eigenen begrenzten Kapazitäten habe man als Alterseinstieg das 75. Lebensjahr gewählt. Dies könne jedoch geändert werden.

Des Weiteren erläuterte Frau Middendorf auf Nachfrage von RM Teckentrup, dass die Hausbesuche durch Mitarbeiter des Kreises Warendorf durchgeführt werden. Ebenso Sorge der Kreis für den Versand der Briefe und bearbeite den Rücklauf. Nachfragen der Senioren können jedoch an die Gemeinde gerichtet werden.

Auf Anfrage von RM Grothues führte Frau Middendorf aus, dass zzt. alle 75jährigen und älter angeschrieben werden. Dies solle jedoch niemanden hindern, auch wenn er jünger ist, sich entsprechend beraten zu lassen. Sie berichtete, dass das Pilotprojekt in Everswinkel durchgeführt worden sei, der Kreis jedoch eine weitere Gemeinde hinzugewinnen möchte. Beginne eine Kommune mit diesem Projekt, müsse es jedoch ein Dauerprozess sein.

In der Gemeinde finde aufsuchende Jugendarbeit statt, so BM Thegelkamp. Er sei zuversichtlich, dass dann auch aufsuchende Seniorenarbeit gelingen werde.

Sollten die Hausbesuche von Personen durchgeführt werden, die nicht aus der Umgebung kommen, so habe er die Bedenken, dass diese vieles über die örtlichen Gegebenheiten nicht wissen können, so RM Grothues. Frau Middendorf erklärte, dass sich Frau Baldus intensiv mit den örtlichen Gegebenheiten und den wesentlichen Strukturen vertraut mache.

Auf Anfrage von RM Braun nach der hohen Altersstruktur im Kreis Warendorf führte Frau Middendorf aus, dass die Landbevölkerung älter sei als die Stadtbevölkerung. Im Vergleich zu anderen Kreisen stehe der Kreis Warendorf noch gut da.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Projekt „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“ beim Kreis Warendorf für das Jahr 2019 zu bewerben.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Die Power-Point-Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

6 Konzeptionierung Jugendtreff

SB Schlieper erklärte sich für befangen.

In der Sitzung vom 28.02.2018 wurden die Ergebnisse der Konzeptionierung des Jugendtreffs vorgestellt. Es wurde beschlossen, die Erkenntnisse in den Fraktionen zu beraten und zu bewerten. Nunmehr ist zu entscheiden, wie mit den am 28.02.2018 vorgestellten Ergebnissen weiter verfahren werden soll.

Ferner wurde Seitens des Kolping-Jugendwerkes der Wunsch geäußert, einen dynamischen Zuschuss zu dem Personalkostenanteil zu erhalten, da bei steigenden Lohnkosten das Budget für Anschaffungen und Aktivitäten sonst kontinuierlich abnimmt.

BM Thegelkamp berichtete, dass zur Finanzierung des Jugendtreffs Villa Mauritz ein Schreiben des Kolping-Jugendwerkes bei der Verwaltung eingegangen und an die Ausschussmitglieder weitergeleitet worden sei. In dem Schreiben werde mitgeteilt, dass der Landeszuschuss für offene Kinder- und Jugendarbeit für dieses Jahr angehoben werde. Daraus ergebe sich eine Erhöhung des Zuschusses des Kreises Warendorf an das Kolping-Jugendwerk in Höhe von voraussichtlich 3.355,00 €. Gleichzeitig werde in dem Schreiben darum gebeten, den in Aussicht gestellten höheren Zuschuss nicht auf den Zuschussbetrag der Gemeinde anzurechnen. Die Verwaltung favorisiere jedoch weiterhin, den Zuschuss des Kreises auf den gemeindlichen Zuschussbetrag anzurechnen und jährlich den Sachkostenzuschuss pauschal um 500,00 € zu erhöhen. Nach Auskunft des Kreises, so BM Thegelkamp, sei es rechtens, diese Systematik so anzuwenden. Es gebe weitere Kommunen im Kreis Warendorf, die ebenso verfahren.

Herr Ahlke erläuterte anhand folgender Tabelle den Finanzierungsvorschlag der Verwaltung:

	2016	2017	Plan 2018
Zuschussbetrag gesamt	60.000,00 €	75.000,00 €	75.000,00 €
abzgl. Zuschuss vom Kreis WAF	5.000,00 €	8.844,11 €	8.844,11 €
gemeindlicher Zuschuss	55.000,00 €	66.155,89 €	66.155,89 €

	voraussichtlich höherer Zuschuss 2018	Anfrage Kolping-Jugendwerk 2018	Plan 2019	2. Berechnungs- beispiel (CDU)
Zuschussbetrag gesamt	75.000,00 €	78.354,89 €	77.000,00 €	76.500,00 €
abzgl. Zuschuss vom Kreis WAF	12.199,00 €	12.199,00 €	12.199,00 €	8.500,00 €
gemeindlicher Zuschuss	62.801,00 €	66.155,89 €	64.801,00 €	68.000,00 €

Bei dem gemeindlichen Zuschuss, so Herr Ahlke, handele es sich bis einschließlich 2018 um einen fixen Pauschalbetrag, in dem Personal-, Projekt- und Sachkosten sowie Kosten für Honorarkräfte enthalten seien. Die Gemeinde stelle die vereinbarte Summe abzüglich des Zuschusses vom Kreis Warendorf zur Verfügung.

Ab dem Jahr 2019 solle sich, wie es auch das Kolping-Jugendwerk wünscht, der Zuschussteil für die Personalkosten (aktuell 60.000,00 €) analog der tatsächlichen Personalkosten dynamisiert werden, so Herr Ahlke. Zuzüglich solle sich der Pauschalbetrag für Projekt- und Sachkosten sowie Kosten für Honorarkräfte von aktuell 15.000,00 € jährlich um 500,00 € erhöhen. Dies bedeute nach aktuellem Kenntnisstand für das Jahr 2019 eine Steigerung des Zuschussbetrages bei den Personalkosten von 60.000,00 € auf 61.500,00 € und bei dem zweiten Zuschussteil von 15.000,00 € auf 15.500,00 €. Die Verwaltung vertrete die Ansicht, dass im Gegenzug der Zuschuss des Kreises Warendorf weiterhin in voller Höhe auf den Zuschussbetrag angerechnet werden sollte.

RM Grothues teilte mit, dass die CDU-Fraktion den Jugendtreff Villa Mauritz besucht und sich vor Ort informiert habe. Es sei ein Anliegen der CDU-Fraktion, dass auch ältere Jugendliche betreut werden (ab 13 Jahre aufwärts). Daher begrüße sie die Verlängerung der Öffnungszeiten.

Herr Bögge berichtete, dass in Bezug auf die Konzeptionierung des Jugendtreffs auch der Wunsch geäußert worden sei, Ehrenamtsstrukturen zu verbessern. Der Jugendtreff Villa Mauritz habe gemeinsam mit dem Jugendamt des Kreises Warendorf ein Team zusammengestellt, das in den Herbstferien diesen Jahres eine Gruppenleiterschulung in Wadersloh durchführen werde. Dies könne eine Basis darstellen, um das Ehrenamt zu unterstützen.

Zur Finanzierung des Jugendtreffs teilten RM Grothues und RM Luster-Haggeney mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag des Kolping-Jugendwerkes mittrage. Sie spreche sich dafür aus, die Erhöhung des Zuschusses des Kreises Warendorf dem Kolping-Jugendwerk zu belassen, den Sachkostenzuschuss weiterhin auf 15.000,00 € festzuschreiben und die Personalkosten zu dynamisieren.

Mit der Konzeptionierung des Jugendtreffs sei die FWG-Fraktion einverstanden, so RM Teckentrup. In Bezug auf die Finanzierung favorisiere sie jedoch den Vorschlag der Verwaltung. Zudem wies RM Teckentrup darauf hin, dass Zuschüsse vom Land bzw. Kreis auch wieder gestrichen werden könnten. Daher stelle der erbetene Zuschussbetrag für das Kolping-Jugendwerk eine unsichere Variable dar.

Diese Ansicht vertrete auch die SPD-Fraktion, so RM Drews. Sie befürworte das Konzept des Jugendtreffs, folge jedoch dem Finanzierungsvorschlag der Verwaltung.

Herr Ahlke griff den Vorschlag der CDU-Fraktion auf und erläuterte anhand eines Zahlenbeispiels, das er in die Tabelle eingefügt hatte, die Konsequenzen, die sich für die Gemeinde und den Träger ergeben können.

BM Thegelkamp ergänzte, dass der Vorschlag der Verwaltung den Sachkostenzuschuss jährlich um 500,00 € zu erhöhen, mehr Sicherheit für den Jugendtreff bedeute.

RM Luster-Haggenev fasste zusammen, dass eine Weiterleitung des erhöhten Zuschussbetrages des Kreises in diesem Jahr ein Gewinn für den Jugendtreff wäre. Sollte der Zuschuss jedoch zukünftig sinken, sei der Jugendtreff schlechter gestellt, aber mit einem jährlich steigenden Zuschuss in Höhe von 500,00 € auf der sicheren Seite.

Daraufhin beantragte RM Luster-Haggenev eine kurze Sitzungsunterbrechung, um diese neue Sachlage fraktionsintern beraten zu können.

Es schloss sich eine Sitzungsunterbrechung von 19:11 Uhr bis 19:20 Uhr an.

Im Anschluss daran erklärte RM Luster-Haggenev, dass die CDU-Fraktion die Argumente abgewogen habe und sich für die sichere Variante und damit für den Vorschlag der Verwaltung ausspreche.

RM Gregor merkte an, dass die FDP-Fraktion den Beschlussvorschlag ebenfalls mittragen werde, bat jedoch darum, die Kosten in regelmäßigen Abständen auf den Prüfstand zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales beschließt die Umsetzung der angepassten konzeptionellen Ausrichtung. Diese beinhaltet u. a. die Änderungen der Öffnungszeiten, die Weiterführung des Kindercafés und die Arbeit an weiterführenden Schulen.

Der Jugendtreff Villa Mauritz wird gemeinsam mit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf Konzepte und Maßnahmen entwickeln, wie die Jugendarbeit in den Ortsteilen Liesborn und Diestedde durch Gruppenleiterschulungen und ggfs. weitere Projekte auf ehrenamtlicher Basis unterstützt und entwickelt werden kann.

Ab dem Jahr 2019 wird der Anteil der Personalkosten innerhalb des Zuschusses der Gemeinde an das Kolping-Jugendwerk dynamisiert. Auf Basis der bestehenden Personalbemessung erfolgt analog der tatsächlichen Entwicklung der Personalkosten, die der Träger der Gemeinde zum 01.02. des jeweiligen Haushaltsjahres mitteilt, eine jährliche Abrechnung für das vergangene Jahr sowie eine Anpassung für das laufende Jahr. Für das Jahr 2019 ist nach den tariflichen Vorgaben mit einer Steigerung der Personalkosten in Höhe von 1.500,00 € zu rechnen.

Zusätzlich werden die Projekt- und Sachkosten sowie Kosten für Honorarkräfte von 15.000,00 € (Stand 2018) jährlich um pauschal 500,00 € erhöht.

Somit beträgt der Gesamtzuschuss für das Jahr 2019 etwa 77.000,00 €. Abzüglich des Zuschusses des Kreises Warendorf, ist mit einer Belastung des gemeindlichen Haushalts in Höhe von ca. 65.000,00 € zu rechnen.

Aufgrund der vorgenannten Anpassung der Finanzierung des Jugendtreffs wird der Anfrage des Kolpingjugendwerkes vom 02.08.2018 nicht entsprochen.

Im Jahre 2021 findet eine erneute Evaluierung der inhaltlichen Arbeit und Kostensituation statt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

SB Schlieper hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

7 Sozialraumanalyse - Entwicklung des Realschulcampus - weiteres Vorgehen

Der vom Rat der Gemeinde Wadersloh getroffene Beschluss, die Sekundarschule Wadersloh zu gründen und gleichzeitig die Geschwister-Scholl-Realschule und die Konrad-Adenauer-Hauptschule aufzulösen, führt dazu, dass der Schulstandort an der Winkelstraße (ehemalige Hauptschule) für die neue Sekundarschule ausgebaut und der innerörtliche Standort der ehemaligen Realschule am Schulkamp aufgegeben wird.

Das etwa 11.000 m² große Grundstück soll nun überplant werden. Im Rahmen einer LEADER-geförderten Sozialraumanalyse wurde unter anderem ermittelt, welche Ideen die Einwohner Waderslohs für die Nachnutzung des Geländes haben. Des Weiteren haben in den letzten Monaten Überlegungen zur Nachnutzung des Realschulcampus stattgefunden.

Folgende Anregungen und Ideen wurden formuliert:

- Auf dem Gelände soll u. a. sozial geförderter Wohnraum mit günstigen Mieten integriert werden.
- Auf dem Gelände soll ebenfalls bezahlbarer Wohnraum für Familien mit Kindern entstehen.
- Auf dem Gelände soll bezahlbarer Wohnraum für Alleinstehende entstehen.
- Auf dem Gelände soll Wohnraum für Menschen mit Behinderung (Wohngruppen, ...) entstehen.
- Auf dem Gelände soll auch Mehrgenerationenwohnen möglich sein.
- Auf dem Gelände könnten selbstorganisierte Senioren-Wohngemeinschaften entstehen.
- Auf dem Gelände soll barrierefrei gebaut werden.

Ein generationsübergreifender Begegnungstreff wird ebenfalls als wichtig eingestuft. Des Weiteren besteht teilweise der Wunsch, vorhandene Gebäudeteile in die neue Entwicklung zu integrieren. Nach ausführlicher Prüfung der Verwaltung ist dies z. B. für die Mensa oder für den noch relativ neuen Anbau im Westen (Mediathek, Computer- und Technikraum sowie 3 Klassenräume) grundsätzlich denkbar.

Eine Weiternutzung der Turnhalle würde in den folgenden Jahren einen wahrnehmbaren Sanierungsbedarf zur Folge haben. Zudem entfällt die Nutzung durch die Schule. Für die weiteren Nutzer werden alternative räumliche Lösungen gefunden.

Um die Aula nach der Schließung der Realschule weiterhin nutzen zu können, wären Umbauarbeiten und Sanierungen – insbesondere um den gestiegenen Anforderungen des Brand- und Lärmschutzes gerecht zu werden – in finanziell wahrnehmbarer Höhe von Nöten. Außerdem müssten - auch laut Aussage der Baugenehmigungsbehörde - für die Aula als Veranstaltungsgebäude weitere nicht unerhebliche Parkmöglichkeiten geschaffen werden, die eine andere Folgenutzung des weiteren Geländes verunmöglichen. Als Nachfolgelösung für die Realschulaula kann zudem die neue Mensa der Sekundarschule für bestimmte Veranstaltungen genutzt werden.

Die weiteren Beratungen sollen zusätzlich im Bau-, Planungs- und Strukturausschuss am 10.09.2018, im Hauptausschuss am 24.09.2018 und abschließend im Rat am 11.10.2018 erfolgen.

Am Ende der Beratungen soll ein „Pflichtenheft“ für die Umgestaltung des Realschulcampus entstehen. Dieses „Pflichtenheft“ fasst alle für die weiteren Planungen wichtigen Elemente der Entwicklung zusammen. Das „Pflichtenheft“ bildet die gemeindliche Grundlage für den sich direkt anschließenden Architekten-, Investoren- und Betreiberwettbewerb, der bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein soll. Die bauliche Umsetzungsphase soll dann anschließend beginnen.

Herr Hengstermann machte deutlich, dass die Nachhaltigkeit eines Konzeptes entscheidend sei. Daher sei es für die weitere Planung wichtig, dass ein zukünftiger Betreiber der Anlage sowie Planer und Entwickler ein gemeinsames Angebot abgeben.

RM Eilhard-Adams erkundigte sich, wer Betreiber des Wohnquartiers in Oelde sei. Betreiber des Wohnquartiers in Oelde sei die Caritas ambulante Dienste GmbH (früher: C.E.M.M.), die sich mit dem Architekturbüro Klein.Riesenbeck und dem Bauunternehmer Averbeck zusammengeschlossen haben, so Herr Hengstermann. Auf diese Weise konnten von Anfang an die Bedingungen des Betreibers bei der Planung berücksichtigt werden. Das Projekt sei sehr gut angelaufen und es bestehe eine sehr hohe Nachfrage.

Für die weitere Entwicklung des Realschulcampus sollte berücksichtigt werden, dass ausreichend Stellplätze vorhanden seien, so RM Braun. Außerdem regte er an, das Gelände mit genügend Grünanlagen zu planen.

Diese Ansicht vertrat auch RM Teckentrup. Um für das Wohnquartier in Oelde genügend Parkraum zu schaffen und dieses autofrei zu halten, sei eine Tiefgarage gebaut worden, so Herr Hengstermann.

Des Weiteren regte RM Teckentrup an, in dem neu zu planenden Areal Räumlichkeiten für die VHS zu berücksichtigen und evtl. Flächen für spätere, öffentliche Belange zu erhalten.

RM Braun warnte davor, die VHS im Realschulcampus anzusiedeln, da durch entsprechende Kurse oder Veranstaltungen mit Lärmbelästigungen zu rechnen sei. BM Thegelkamp wies darauf hin, dass die VHS mit den derzeitigen Räumlichkeiten mittlerweile sehr zufrieden sei, was seinerzeit noch nicht absehbar gewesen sei.

SB Jungilligens begrüßte den Gedanken, auf dem Gelände Wohnraum für Menschen mit Behinderungen entstehen zu lassen. Sie regte an, zunächst jedoch den Bedarf zu ermitteln. Herr Hengstermann erläuterte, dass jeder soziale Betreiber diese Erkundigungen einziehen werde.

Der Beschlussvorschlag beinhalte, die Aula und die Turnhalle der Realschule nicht in die neue Gestaltung des Realschulcampus zu integrieren, so SB Schlieper. Er erkundigte sich, ob auch zukünftig in Wadersloh noch Veranstaltungen stattfinden könnten und ob Räumlichkeiten zu moderaten Gebühren zur Verfügung gestellt würden. Viele Veranstaltungen können zukünftig in der Mensa der Sekundarschule stattfinden, so BM Thegelkamp.

RM Teckentrup fragte an, ob alle Sportgruppen, die bislang die Turnhalle der Realschule belegen, in anderen Turnhallen untergebracht werden können. Herr Ahlke berichtete, dass die Verwaltung seit mehreren Monaten intensive Gespräche zu dem Thema führe. Für andere Unterbringungsmöglichkeiten werde gesorgt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in den vielfältigen Diskussionen gewonnenen Erkenntnisse zur Entwicklung des Realschulcampus in einem „Pflichtenheft“ zusammenzufassen. Im weiteren Verlauf soll bis zum Frühjahr 2019 ein Architekten-, Investoren- und Betreiberwettbewerb durchgeführt werden. Die bauliche Umsetzung soll im direkten Anschluss erfolgen.

Die Aula als Veranstaltungsort und die Turnhalle der Realschule sollen nicht in die neue Gestaltung des Realschulcampus integriert werden.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

8 Antrag der SPD-Beweg-was-Fraktion "Dirtpark in der Gemeinde Wadersloh"

Im vergangenen Jahr wurde von der SPD Beweg-was-Fraktion ein Antrag auf Errichtung eines sogenannten „Dirtparks“ in Wadersloh gestellt.

Ein „Dirtpark“ ist ein Bereich, in dem man mit geeigneten Fahrrädern (Dirtbike, BMX, Mountainbike) über angelegte Hügel springen oder fahren kann. Aktuell ist der nächste „Dirtpark“ in Lippstadt.

Bislang wurden zwei Gespräche mit interessierten Jugendlichen durchgeführt, das Vorhaben an den weiterführenden Schulen per Flyer beworben, der „Dirtpark“ in Lippstadt besichtigt und bei der GVV-Kommunalversicherung Haftungsfragen geklärt. Insgesamt war die Resonanz auf die angebotenen Planungstreffen leider gering und die Jugendlichen vermittelten nur bedingt den Eindruck, dass sie sich im Anschluss auch aktiv an der Mitgestaltung eines „Dirtparks“ beteiligen würden. Dies ist aber für ein funktionierendes Jugendprojekt, das anschließend auch eine persönliche Wertschätzung und Identifikation der Jugendlichen selbst besitzt, unerlässlich.

Bei der Besichtigung in Lippstadt konnte Herr Böhm, Mitarbeiter der Stadt Lippstadt, wichtige Informationen zu Errichtung und zum Betrieb der Anlage geben.

Er führte aus, dass in Lippstadt fachkundige Biker ehrenamtlich an Planung und Bau des „Dirtparks“ mitgewirkt haben. Es erfolgt eine wöchentliche Sichtkontrolle durch den Bauhof, der auch Beschädigungen der Anlage instand setzt. Er hat deutlich darauf hingewiesen, dass ein „Dirtpark“ nur an einer gut frequentierten Fahrradstrecke ausreichend Beachtung und Nutzung finde und Vandalismus damit durch den Standort entgegengewirkt werde.

Die GVV hat mitgeteilt, dass sich der Versicherungsschutz auch auf die gesetzlichen Haftpflichtrisiken bezieht, die aus der Errichtung und aus dem Betrieb eines „Dirtparks“ heraus entstehen. Ein „Dirtpark“ sei regelmäßig auf seinen verkehrssicheren Zustand zu kontrollieren und die gewonnenen Erkenntnisse zu dokumentieren. Im Mangelfall gelte es diese umgehend zu beheben und die Anlage bis zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch geeignete Maßnahmen (z.B. stabiler Bauzaun, etc.) nachhaltig zu sperren.

Sofern dafür in eigenen Reihen der Gemeinde die erforderliche Fachkunde nicht vorhanden sein sollte, wird man sich externen Sachverstand (Gutachter, TÜV-Prüfung, etc.) einkaufen müssen. Es sollte zudem eine Dienstanweisung erstellt werden, welche nähere Details regelt und die Aufgabenwahrnehmung und die Zuständigkeiten verbindlich sicherstellt.

Durch die regelmäßigen Kontrollen und zu erwartenden Ausbesserungsarbeiten würden entsprechende Mehraufwände, z. B. auf den Bauhof zukommen, die personelle und finanzielle Bedarfe zur Folge haben.

Bezüglich eines geeigneten Standortes wurden gemeindliche Grundstücke überprüft. Die Schüler haben Wert darauf gelegt, dass ein möglicher „Dirtpark“ eher in Liesborn oder Diestedde entstehen soll. Die Verwaltung hat daraufhin zwei Grundstücke ins Auge gefasst, in Diestedde hinter dem Spielplatz Thomas-Mann-Straße und in Liesborn hinter dem Tennisplatz.

Nach den Informationen, die Herr Böhm geliefert hat, scheinen beide Grundstücke eher nicht geeignet zu sein, da diese nicht an einer gut frequentierten Fahrradstrecke liegen.

Der vermutlich beste Standort für einen „Dirtpark“ ist am Eingang vom Liesborner Holz, zwischen Wadersloh und Liesborn, im Umfeld des neuen Kunstpfades. Über eine geeignete Fläche verfügt die Gemeinde dort jedoch nicht. Diese müsste erworben oder angepachtet werden.

Das Projekt erfordert jedoch - wie berichtet - zwingend eine Gruppe von motivierten Jugendlichen, die sich intensiv und über einen etwas längeren Zeitraum hinweg in die Planung und Durchführung des Projektes einbringen.

Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, die Projektidee als Impuls noch einmal in das für 2019 geplante „Jugendforum“ einzubringen, um anschließend endgültig zu beraten und zu entscheiden.

Die CDU-Fraktion werde sich dem Beschlussvorschlag anschließen, so RM Grothues. Bestehe während des Jugendforums kein weiteres Interesse an einem Dirtpark, dann sollte die Angelegenheit nicht weiter verfolgt werden.

SB Schlieper teilte mit, dass die Schüler diesbezüglich bereits in den Schulen eine Umfrage gestartet haben.

RM Luster-Haggeney wies darauf hin, dass durch die Anlegung und Instandhaltung des Dirtparks viel Personal gebunden werde. Daher bat er darum, die Kosten zu ermitteln, die für die Pflege und Instandhaltung eines Dirtparks aufzuwenden seien.

Anmerkung der Verwaltung bei Abfassung der Niederschrift:

Für Personalkosten zzgl. weiterer Fahrzeug-, Maschinen- und Sachkosten sind jährlich rd. 2.000,00 € einzukalkulieren.

Beschluss:

Die Idee eines „Dirtparks“ wird als Impuls in das Jugendforum 2019 eingebracht. Die endgültige Entscheidung erfolgt anschließend.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

9 Spielplätze

Den Anwohnern des Baugebietes Kirchhusen in Liesborn wurde die Planung für den neuen Spielplatz vorgestellt. Bei der Vorstellung konnte auf Wünsche und Anregungen der Anwohner eingegangen werden. Herr Beckmann wurde als Ansprechpartner für den Spielplatz gewählt.

Die Fertigstellung des Spielplatzes wird im Herbst dieses Jahres erwartet.

Der Spielplatz in der Hermann-Stehr-Straße in Wadersloh wurde überplant und die Spielgeräte in der 31. Kalenderwoche aufgestellt. Die Flächen und das Umfeld werden nun noch aufgearbeitet.

RM Töcker lobte die sehr gut gelungene Gestaltung des Spielplatzes an der Hermann-Stehr-Straße. Insbesondere das Holzpferd komme bei Kindern gut an. Er regte an, evtl. über die Anpflanzung eines Baumes nachzudenken, der Schatten spende.

RM Gregor hob ebenfalls die Attraktivität des Spielplatzes hervor. Er regte die Anbringung von Sonnensegeln an, die für Beschattung sorgen. Herr Ahlke wies darauf hin, dass die Anbringung von Sonnensegeln mit dauerndem Aufwand verbunden sei. Die Sonnensegel müssten jährlich auf- und abgebaut und eingelagert werden, da das Material nicht winterfest sei.

Er gehe davon aus, so RM Teckentrup, dass die in der Planung dargestellte Sitzgruppe für den Kinderspielplatz nicht jener zweiter Holzunterstand sei, der seinerzeit von den Schülern des „Beweg was-Projektes 2016“ beantragt worden sei. Dies sei nicht der Fall, so BM Thegelkamp.

Anmerkung der Verwaltung bei Abfassung der Niederschrift:

In den Sitzungen des Hauptausschusses vom 31.05.2017 und 07.09.2017 wurde beschlossen, zunächst nur einen Holzunterstand auf dem Wanderparkplatz an der Liesborner Straße zu errichten und zu einem späteren Zeitpunkt über einen zweiten Standort zu beraten.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Die Planung des Spielplatzes im Baugebiet „Kirchhusen“ ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

10 Spielplatzbegehung

Im Jahr 2015 hat eine Spielplatzbegehung stattgefunden, dabei wurden für die Jahre 2016 bis 2018 jeweils 15.000,00 € für bestimmte Projekte zur Verfügung gestellt.

In den Jahren 2016 und 2017 wurden die Mittel ausgeschöpft und folgende Maßnahmen umgesetzt:

Spielplatz	Handlungsbedarf
Wadersloh	
Im Nordfeld	Klettergerüst
St. Hedwig	großes Bolztor
Diestedde	
Wiedenkamp/Nikolausstraße	Kletterbarren
Liesborn	
Berliner Straße	Baum
Schlesische Straße	Klettergerüst / Rutsche
An den Weiden	Rutsche

Ferner wurden zusätzliche Bänke aufgestellt und für alle Spielplätze eine neue Beschilderung errichtet.

Folgende Maßnahmen sind noch nicht umgesetzt:

Spielplatz	Handlungsbedarf
Wadersloh	
Droste-Hülshoff-Straße	Klettergerüst
Diestedde	
Zentraler Spielplatz "Dorfplatz"	Nestschaukel
Wiedenkamp/Nikolausstraße	Piratenschiff
Liesborn	
Linnenkamp	Wippe

Im Jahr 2018 konnten diese Maßnahmen bisher nicht umgesetzt werden. Dies liegt zum einen an verschiedenen anderen Projekten sowie an der Überplanung des Spielplatzes Hermann-Stehr-Straße und der Planung für den neuen Spielplatz in Kirchhusen.

Bei einem Budget von 15.000,00 € lassen sich nicht alle gewünschten Maßnahmen umsetzen. Nach Recherche und eingeholten Angeboten ist die Umsetzung für ein optisch ansprechendes Piratenschiff für den zur Verfügung stehenden Betrag nicht möglich. Anstatt eines Piratenschiffes könnte auf dem Spielplatz Wiedenkamp/Nikolausstraße ein Spielhaus (Anlage – Foto Muster) aufgestellt werden.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Das Foto des Spielhauses ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

11 Antrag Förderverein Gaßbachtal Stromberg e. V.

Bis zum Jahr 2018 erhält der Förderverein Gaßbachtal Stromberg e.V. einen jährlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 3.000,00 € für das Freibad Stromberg. Mit Schreiben vom 15.07.2018 beantragt der Förderverein Gaßbachtal Stromberg e.V. den bisher gewährten Betriebskostenzuschuss für das Freibad in Stromberg auch weiterhin zu gewähren. Seit 2006 betreibt der Förderverein das Freibad in kompletter Eigenregie. Durch Eintrittsgelder, Mitgliedsbeiträge, Spenden und diverse Veranstaltungen erfolgt die Finanzierung.

Da das Freibad ebenfalls durch Wadersloher Bürger, Familien mit Kindern sowie den Wadersloher Ferienspieltagen und den Schulen genutzt wird, sollte eine Förderung auch weiterhin erfolgen. Durch einen jährlichen Beitrag in Höhe von 3.000,00 € kann die Gemeinde zum Erhalt des Freibades beitragen.

Beschlussvorschlag:

Dem Förderverein Gaßbachtal Stromberg e.V. wird weiterhin, befristet bis zum 31.12.2021, ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 3.000,00 € gewährt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Der Antrag des Fördervereins Gaßbachtal Stromberg e.V. vom 15.07.2018 ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

12 Flüchtlingsangelegenheiten

Seit der letzten Sitzung des FSA vom 23.05.2018 sind keine Zuweisungen erfolgt. Lediglich in einem Fall hat ein Familiennachzug (4 Personen) stattgefunden.

Aktuell in der Gemeinde lebende Asylbewerber:

Asylbewerber	98
- davon noch im laufenden Verfahren	19
- davon abgelehnt	79

Von den 79 abgelehnten Asylbewerbern sind 40 ausreisepflichtig und 39 im Klageverfahren. In diesem Jahr wurde bislang lediglich eine Person abgeschoben und nur 7 Personen sind freiwillig ausgereist.

Für die anstehenden Haushaltsplanberatungen ist die aktuelle und prognostizierte FlüAG-Erstattung von Bedeutung. Eine FlüAG-Erstattung in Höhe von 866,00 € pro Monat und Person bekommt die Gemeinde für Asylbewerber im laufenden Verfahren, im Klageverfahren und bis 3 Monate nach einem abgelehnten Asylantrag.

Derzeit bekommt die Gemeinde für 40 abgelehnte Asylbewerber keine FlüAG-Erstattung. Von diesen 40 Personen beziehen 14 Personen keine Asylbewerberleistungen. Diese Personen gehen einer Erwerbstätigkeit nach oder erhalten andere Transferleistungen (BAföG, ALG I).

Für 26 Personen trägt die Gemeinde die Kosten ohne Erstattung des Landes, dies ergibt einen monatlichen Fehlbetrag in Höhe von 22.516,00 € (26*866,00 €), hochgerechnet auf ein Jahr beträgt der Fehlbetrag 270.000,00 €. Dieser Betrag wird zukünftig steigen, da damit zu rechnen ist, dass weiterhin Klageverfahren nicht positiv entschieden werden bzw. Asylanträge abgelehnt werden.

Zum 01.01.2019 geht die Verwaltung davon aus, dass für 60 Asylbewerber keine Erstattung des Landes zu erwarten ist. Dies würde für das kommende Haushaltsjahr einen prognostizierten Fehlbetrag von 500.000,00 € bedeuten. Für das Jahr 2019 wird mit 30 neu zugewiesenen Asylbewerbern kalkuliert.

Im Bereich der Flüchtlingsbetreuung haben sich einige Änderungen ergeben. Frau Eva Davis hat sich beruflich anders orientiert und die Gemeinde Wadersloh zum 01.06.2018 verlassen. Seit dem 25.06.2018 ist Frau Laila Sparacia die neue Flüchtlingsbetreuerin. Sie ist Teilzeitkraft und vormittags (außer mittwochs) sowie donnerstagnachmittags im Rathaus tätig.

Frau Sparacia stellte sich in der Sitzung vor. Sie teilte mit, dass sie 27 Jahre alt sei. Sie habe soziale Arbeit studiert und sei nun seit Juni als Flüchtlingsbetreuerin tätig.

Seit dem 01.08.2018 absolviert Frau Rieke Stuckenschnieder ein Jahr Bundesfreiwilligendienst (BFD) in der Flüchtlingsbetreuung.

Frau Stuckenschnieder stellte sich ebenfalls in der Sitzung ebenfalls vor. Sie sei 18 Jahre, so Frau Stuckenschnieder und komme aus Wadersloh. Nach dem Abitur habe sie nun mit dem Bundesfreiwilligendienst in der Flüchtlingsbetreuung begonnen und könne sich vorstellen, ein Jugendprojekt mit deutschen und geflüchteten Jugendlichen anzuleiten. Sie hoffe auf ein erfolgreiches Jahr.

RM Teckentrup ging auf den prognostizierten Fehlbetrag in Höhe von 500.000,00 € für das kommende Haushaltsjahr ein. Er hoffe, dass die Bundes- und Landtagsabgeordneten der CDU und SPD ihre Möglichkeiten nutzen, um immer wieder auf die Missstände aufmerksam zu machen.

Frau Stuckenschnieder dankte er für ihr Engagement im Bundesfreiwilligendienst.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

13 Seniorenausflüge 2018

Die 48. Seniorenausflüge am 07.08. und 08.08.2018 führten die Seniorinnen und Senioren zum Mühlenhof-Freilichtmuseum Münster. Das Kaffeetrinken fand auf dem Gelände in den Räumlichkeiten des Freilichtmuseums statt. Der Abschluss erfolgte im Café & Restaurant Bürgerhaus in Sendenhorst.

Die entstandenen Kosten konnten aus dem Haushaltsansatz 05.03.01 gedeckt werden.

Herr Schmidt teilte mit, dass insgesamt 335 Senioren an den Ausflügen teilgenommen haben.

Auf Nachfrage von RM Eilhard-Adams erläuterte BM Thegelkamp, dass wegen der Hitze einige Senioren kurzfristig abgesagt hätten.

Diesbezüglich regte der Vorsitzende an, evtl. über eine andere Terminierung der Seniorenausflüge nachzudenken.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

14 Verschiedenes

14.1 Reisemobilstellplätze

BM Thegelkamp teilte mit, dass am Rathaus mit der Errichtung eines Reisemobilstellplatzes begonnen worden sei. Ebenfalls werde in Diestedde ein Stellplatz errichtet und in Liesborn der vorhandene erneuert.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

14.2 Fahrbahnerneuerung B58 zwischen Diestedde und Wadersloh

BM Thegelkamp berichtete, dass ab dem 03.09.2018 mit der Fahrbahnerneuerung auf der B 58 zwischen Diestedde und Wadersloh begonnen werde. Diese Arbeiten werden unter Vollsperrung der B 58 ausgeführt. Eine Umleitung über Liesborn werde eingerichtet. Der Einmündungsbereich B 58 / L 793 in Diestedde bleibe zunächst weiterhin offen. Gleichzeitig werden noch zwei Brückenbauwerke auf diesem Streckenabschnitt saniert. Straßen.NRW werde eine entsprechende Pressemitteilung herausgeben, so BM Thegelkamp.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Schülern des Projektes „Beweg was!“ für die disziplinierte Teilnahme an der Sitzung. Er hob hervor, dass die Schüler durch ihr aufmerksames Zuhören die Sitzung mitgestalten würden.

Olaf Smyczek
Vorsitzender

Angelika König
Schriftführerin